

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1912

59 (29.2.1912) Zweites Blatt

Bezugspreis:
in Karlsruhe und Vororten: frei ins Haus geliefert vierteljährlich M. 1.65, an den Ausgabestellen abgeholt monatlich 50 Pfennig. Auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich M. 2.22, am Postschalter abgeholt M. 1.80, Einzelnummer 10 Pfennig.
Redaktion und Expedition: Ritterstraße Nr. 1.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen:
die einpaltige Beilage über den Raum 20 Pfennig, Restameile 45 Pfennig, Rabatt nach Tarif.
Anzeigenannahme: größere Spätestens bis 12 Uhr mittags, kleinere spätestens bis 4 Uhr nachmittags.
Fernsprechanschlüsse: Expedition Nr. 203, Redaktion Nr. 2994.

Badische Morgenzeitung — Organ für amtliche Anzeigen

Zweites Blatt

Begründet 1803

Donnerstag, den 29. Februar 1912

109. Jahrgang

Nummer 59

Roosevelt redivivus.

Obgleich die Kampagne für den im Frühjahr 1912 bevorstehenden Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten diesmal früher als bisher eingeleitet hat, so steht bis jetzt weder der Name des republikanischen, noch des demokratischen Kandidaten fest, eine Erscheinung, die seit Jahrzehnten in Amerika nicht mehr beobachtet wurde.

Von den Demokraten weiß man eigentlich nur, daß Bryan als Präsidentschaftskandidat ein für allemal erledigt ist. Im übrigen taucht eine Reihe von Namen in den amerikanischen Blättern auf, deren Chancen abwechselnd besprochen werden, die aber für den deutschen Zeitungsleser eben nur Namen sind und daher ruhig übergangen werden können.

Im republikanischen Lager stehen drei Persönlichkeiten mit ausgeprägten Physiognomien, die als Kandidaten in Betracht kommen. Da ist zuerst der gegenwärtige Präsident, Herr Taft, der sich um die Erneuerung seines Mandates bewirbt und als erster bereits Ende vorigen Jahres den Wahlsfeldzug mit einer großen Redetournee durch verschiedene Staaten der Union begonnen hat. Dann ist der republikanische Senator von Wisconsin, La Follette, zu nennen, der Führer des radikalen Flügels der Partei, der eine Zeit lang keine schlechten Aussichten hatte, gegenwärtig aber infolge einer schweren Erkrankung wieder in den Hintergrund getreten ist. Er würde aber, auch wenn er gesund geblieben wäre, seine Chancen in dem Augenblick eingebüßt haben, in dem der wahlunfähige Herr Roosevelt mit noch radikaleren Ansichten auf dem Kampffeld erschien und ihm das Wasser abgrub.

Man erinnert sich, daß Theodor Roosevelt, als er von seiner Afrikareise zurückkehrte und auf dem Rückwege bei einer Reihe erster europäischer Höfe Besuche machte — er war auch in Berlin — der populärste Mann in ganz Amerika war. Es schien eine ausgemachte Sache zu sein, daß dieser hervorragende Geist, der sich erlauben konnte, jedermann, auch Kaisern und Königen die Wahrheit ungeschminkt ins Gesicht zu sagen, als Nachfolger Tafts zum drittenmal Präsident werden dürfte.

Kurze Zeit darauf war Herr Roosevelt politisch tot, so tot, daß kein Hund in den Vereinigten Staaten, und wäre er noch so verhungert gewesen, ein Stück Brot von ihm genommen hätte. Das Blättchen hatte sich gänzlich gemeldet, Roosevelt verschwand von der Bildfläche und zog sich nach seiner Bestimmung in Oyster Bay zurück, während Taft, der eben noch möglichst unbeliebt gewesen war, eine bis dahin bei ihm ungekannte Energie entfaltete und sich auf die Verfolgung der Riesenrüstung stürzte und nebenbei auch noch in Tarifreformen machte. Er verbesserte dadurch seine Stellung beträchtlich und seine Chancen, wiedergewählt zu werden, sind gegenwärtig die größten. Wenn ihm nicht Roosevelt im letzten Augenblick einen Strich durch die Rechnung macht.

Der Einsiedler von Oyster Bay ist inzwischen wieder zu einer politischen Macht ersten Ranges geworden — eine Erscheinung, die für das Wesen der amerikanischen Republik ebenso charakteristisch ist, wie sein Sturz. Wenn der anfangs der fünfziger Jahre stehende Expräsident an seine Wiedergewählung dachte, so hatte er anfänglich doch nur den überhöchsten Termin von 1916 im Auge. Aber seine ausgesprochen demagogische Veranlagung und sein Temperament ließen ihm keine Ruhe und er machte sich daran, seine Aufstellung zum Präsidentschaftskandidaten für 1912 zu betreiben. Nur ein Mann wie Roosevelt, der die Psyche des Volkes, und obendrein des amerikanischen, bis in ihre kleinsten Verästelungen genau kennt, konnte ein derartiges Wagnis unternehmen. Es galt für ihn, die Sache so zu drehen, daß er gewissermaßen gezwungen, gegen seinen eigenen Willen die Nomination, die im Juni stattfindet, annehmen müßte. Bei der Popularität, deren sich Taft gegenwärtig bei der republikanischen Partei erfreut, ist das kein kleines Kunststück, u. wirtliche Aussichten, daß dieser Fall einträte, hätte er logischerweise nur, wenn die Gefahr, daß die Präsidentschaft in die Hände der Demokraten fiel, eine außerordentlich große würde, denn dann wäre Roosevelt gegen Taft der stärkere Mann. Da aber, wie gesagt, eine derartige Möglichkeit kaum anzunehmen ist, so hat sich Roosevelt, um nicht müßig zu sein, einen neuen Trick ausgedacht. Denn bei der großen Masse, und insbesondere in Amerika, wirkt doch eben der Bluff, den der gemeine Mann nicht durchschaut, das meiste. Natürlich muß man, um sich seiner bedienen zu können, das Volk genau kennen, denn die Masse fällt eben auch nur auf den Bluff herein, der ihr gefällt. Der vielgewandte Expräsident entdeckte daher zunächst einmal sein radikales Herz und grub dadurch dem aussichtsreichen Kandidaten des linken Flügels der Republikaner, dem bereits erwähnten Senator La Follette, den Boden ab. In einer Rede, in der er seinem früheren Freund Taft den Fehdehandschuh hinwarf, stellte Roosevelt die bedingungslose Volkssouveränität als den obersten Grundsatze auf. Er scheute nicht davor zurück, es auszusprechen, daß der Volkswille auch richterliche Urteile umstoßen könne. Man muß sich vergegenwärtigen, was dies in einem Augenblick sagen will, in dem die ungeheure

Steigerung der Lebensmittelpreise, zum großen Teil verschuldet durch die Trusts, die Haupt-Lebensfrage für den kleinen Mann bedeutet. Roosevelt hat die Stimmen aller derer gewonnen, denen die Magenfrage über politische Prinzipienfragen hinausgeht, und er wird sich wohl nicht täuschen, wenn er annimmt, daß deren sehr viele sind.

Aber die Sache geht noch weiter. Hinter die Kulissen des Vorganges vermag vorläufig niemand zu sehen, aber es ist Tatsache, daß vor kurzem acht

Gouverneure der Weststaaten an Roosevelt einen Appell richteten und ihn aufforderten, aus seiner Reserve herauszutreten und den Staatsnotwendigkeiten, die seine Wiederwahl forderten, Gehör zu geben. Das war der große, lang erwartete Moment. Worin die Staatsnotwendigkeiten, die die Wiederwahl Roosevelts so gebieterisch fordern, bestehen, wissen wir nicht, wahrscheinlich wissen es die acht Gouverneure auch nicht, aber das schadet auch weiter nichts. Die Phrase ist so herrlich, daß das amerikanische Volk, das sich an

Telephonischer Spezial- u. Nachtdienst

(Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

Die Reichstagspräsidentenwahl.

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 28. Febr. Der Seniorenfouvent des Reichstags hat heute beschlossen, die Wahl des Reichstagspräsidenten am 8. März stattfinden zu lassen.

Die Reichstags-Wahlprüfungskommission.

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 28. Febr. Die Wahl-Prüfungskommission des Reichstags trat heute zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Sie beschloß, dreimal wöchentlich zu tagen und zu beantragen, daß ihre Arbeiten vom Reichstag als schleunigst behandelt werden sollen. Zunächst stehen 27 Mandate zur Erledigung, und zwar diejenigen, bei denen die Entscheidung mit geringer Mehrheit gefallen ist. Darunter befinden sich 6 konfessionelle, 4 national-liberale, 3 sozialdemokratische, 2 freikonfessionelle, 1 mildes, 2 freisinnige und je 1 des Zentrums, der Polen und der Weissen. An zweiter Stelle steht das des Nationalliberalen Kölsch-Karlsruhe (gewählt in Offenburg).

Die Privatbeamtenversicherung.

(Eigener Drahtbericht.)
Berlin, 28. Febr. Für die Organisation der Reichsanstalt für die Privatbeamtenversicherung ist der Ministerialdirektor im Reichsamt des Innern, Caspar, und der Referent für das Gesetz selbst, Geheimrat Beckmann, in Aussicht genommen. Man nimmt an, daß Caspar später zum Präsidenten der Anstalt ernannt werden wird.

Gebietsaustausch zwischen Sachsen-Meinungen und Sachsen-Weimar.

(Eigener Drahtbericht.)
Weimar, 28. Febr. Der Landtag nahm heute den Staatsvertrag zwischen dem Herzogtum Sachsen-Meinungen und dem Großherzogtum Sachsen-Weimar auf Austausch verschiedener Gebietsstellen einstimmig an. Auch die Sozialdemokraten stimmten dafür.

Ein österreichisches Dementi.

(Eigener Drahtbericht.)
w. Konstantinopel, 28. Febr. (Wiener Korr.-Bur.) Die Meldung eines Berliner Blattes, daß der österreichische Botschafter dem türkischen Minister des Auswärtigen die Versicherung abgegeben habe, daß die Italiener die Dardanellen nicht passieren würden, wird von hiesiger maßgebender Stelle für unrichtig erklärt.

Der russische Vermittlungsvorschlag.

(Eigener Drahtbericht.)
Petersburg, 28. Febr. In hiesigen diplomatischen Kreisen macht sich der Wunsch nach Einberufung einer Konferenz geltend, die Mittel zur Erreichung eines Friedensschlusses zwischen Italien und der Türkei ausfindig machen soll. Zu irgendwelchen diplomatischen Schritten aber hat sich dieser Wunsch nicht vermindert.

Hierzu wird der „Frankf. Ztg.“ aus Mailand gedächelt: Wie der häufig von der Consulta informierte Abg. Torre, Chef des italienischen Bureaus, dem „Corriere della Sera“ mitteilt, ist der von Russland vorgeschlagene Kollektivschritt der Mächte bei der Fjorte gescheitert. Zuerst ist die englische Regierung, dann die französische den russischen Vorschlägen beigetreten, beide Kabinete unter der Voraussetzung, daß auch die Zentralmächte sich an dem Kollektivschritt beteiligen. Nun haben nach dem „Corriere“ auch Deutschland und Oesterreich anerkannt, daß der russische Vorschlag nicht fallen gelassen werden dürfe, so daß die Einigkeit der Mächte für einen energiegelassen Druck auf die Fjorte erreicht ist. Sobald auch das formelle Uebereinkommen der Regierungen getroffen ist, sollen die in Konstantinopel zu machenden Vorschläge zum Gegenstand der Verhandlungen zwischen den Mächten selbst gemacht werden. Alsdann erst werden die Besprechungen mit der Fjorte beginnen. Sollten die Vorstellungen der Mächte in Konstantinopel keinen Erfolg haben, so werde man auf nicht friedlichem Wege eine andere Lösung des jetzigen Zustandes finden. Der „Corriere“ benützt die Gelegenheit, um die Verbündeten anzugreifen, weil nicht von ihnen, sondern von einer Macht der Triple-Entente der Kollektivschritt ausgegangen sei. (Siehe auch unter „Italienisch-türkischer Krieg“.)

Paris, 28. Febr. (Eig. Drahtbericht.)

Der Temps erörtert die Frage der Verhandlungen zwischen der Türkei und Italien und schreibt u. a.: Der Entschluß der französischen Regierung, nur an einer gemeinsamen und an beide kriegführenden Mächte gerichteten Intervention teilzunehmen, ist die einzig kluge und vom französischen Standpunkt aus die einzig richtige Politik. Wenn man sieht, wie eine Nacht trotz ihres Bündnisses in diesem Zweite eine vorsichtige Zurückhaltung beobachtet und sich vor allem hütet, was ihre kostbaren Beziehungen zur Türkei trüben könnte, darf man sich nicht wundern, wenn Frankreich und England dieselbe Zurückhaltung und Rücksicht beobachten. Frankreich muß sich noch von besonderen Erwägungen leiten lassen. Die geringste Parteilichkeit gegen das Oberhaupt des Islams würde, selbst wenn sie unbeachtlich wäre, die mit so schweren Opfern erkauften Stellung Frankreichs in Nordafrika arg gefährden. Frankreich ist bereit, in dem Konzern der Mächte unparteiisch bei beiden Gegnern für die Veröhnung und den Frieden einzutreten. Es will nicht weniger, aber auch nicht mehr tun.

Die Schutzmächte senden wieder Schiffe nach Kreta.

(Eigener Drahtbericht.)
Paris, 28. Febr. Eine offiziöse Mitteilung bestätigt, daß die Schutzmächte Kretas in der Tat weitere Kriegsschiffe nach Kreta entsenden werden, und zwar wird die französische Regierung die Kreuzer „Waldeck-Roussseau“ und „Ernest Renan“, die englische Regierung den Kreuzer „Lancaster“ und demnächst einen weiteren Kreuzer absenden. Auch die russische Regierung werde mehrere Kriegsschiffe dorthin beordern.

Unruhen auf Jamaika.

(Eigener Drahtbericht.)
Kingston (Jamaika), 28. Febr. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung über die Tarife der Straßenbahn hat sich in ernstlichen Unruhen Luft gemacht. In der Nacht zum Dienstag stürmte der Pöbel das Gefängnis, ferner griff er den Gouverneur und seinen Gehilfen an, die aber nicht ernstlich verumdet wurden. Die Polizei machte von der Schußwaffe Gebrauch. Ein Mann wurde getötet, 31 verletzt. Die Ruhe ist wieder hergestellt, weitere Unruhen werden nicht erwartet. Die Polizei hat von auswärtigen Verstärkungen erhalten.

Opfer einer Panik.

(Eigener Drahtbericht.)
Alexandros (Gouvernement Jekaterinoslaw), 28. Febr. Während einer Konferenz orthodoxer Missionare mit Anhängern der Stundistenekte im hiesigen Volkshaus feuerte ein Unbekannter Revolverkugeln ab und rief: „Feuer“. Das sehr zahlreiche Publikum wurde von einer Panik erfasst und stürzte aus Türen und Fenstern. Viele Personen wurden verletzt.

Meuterei in Wutschang.

(Eigener Drahtbericht.)
Hankau, 28. Febr. (Meuter.) Ein Teil der Truppen von Wutschang meuterte während der letzten Nacht. Es fand ein Gefecht zwischen meuternden und treugebliebenen Soldaten statt. Die großen Stadttore wurden geschlossen. Die vor Hankau liegenden ausländischen Kanonenboote erhielten den Befehl, sich für alle Fälle in Bereitschaft zu halten. In Hankau ist die Ordnung nicht gestört worden.

Ein Eisenbahndiebstahl.

(Eigener Drahtbericht.)
Wien, 28. Febr. In einem Schnellzug der Strecke Salzburg-Wien wurde vergangene Nacht der Pariser Juwelenhändler Lavi ausgeraubt. Er hatte Juwelen im Werte von 1/4 Million mitgenommen, die er unter besonderen Vorsichtsmaßnahmen in einer Briefstafche bei sich trug. Als er in Wien angekommen war, bemerkte er das Fehlen der Briefstafche. Von dem Täter hat man bisher keine Spur.

Im Schneesturm umgekommen.

(Eigener Drahtbericht.)
Omsk, 28. Febr. Auf dem Wege von Kotschatow nach Patropolomsk wurde ein Trupp von zwölf Häftlingen vom Schneesturm überrascht. Zwei Soldaten der Begleitmannschaft sind ertrunken, ein Häftling ist verschwunden.

Weitere Depeschen siehe „Letzte Nachrichten“.

Phrasen begeistert und von ihnen, bei all ihrem Realismus, förmlich lebt, ihr nicht widerstehen kann. Roosevelt wenigstens hat ihr nicht widerstanden und geantwortet: „Ich werde die Nominierung annehmen, wenn sie mir angeboten wird, und ich werde bei diesem Entschluß verharren, bis der Konvent seine Entscheidung trifft.“ Der Fuchs ist jetzt aus dem Loch und der Kampf zwischen Roosevelt und Taft hat öffentlich begonnen. Er wird in seinem Verlauf sicherlich viel Interessantes bringen. Gustav Reppert.

Verfassungsgarantien.

Aus Berlin wird uns geschrieben:
Unter den mehr als anderthalb hundert Initiativanträgen, mit denen der Reichstag von den einzelnen Parteien überschüttet ist, befinden sich auch solche der beiden liberalen Parteien, die Einführung der Ministerverantwortlichkeit fordern. Ein alter — man möchte fast sagen — parlamentarischer Leidenhüter, der wie das Mädchen aus der Fremde regelmäßig wiederkehrt, wenn der Reichstag zu einer neuen Session zusammentritt, um ebenso regelmäßig beim Schluß in dem großen Papiertorb zu verschwinden, teils ohne weitere Vorreden, teils auch nachdem man ihm durch Verweisung an eine Kommission ein Begräbnis erster Klasse bereitet hat. Auch diesmal hätte sich unter normalen Umständen wohl niemand groß darüber aufgeregt, wenn der Kanzler es nicht für nötig gehalten hätte, sich mit großer Empfohle gegen den Gedanken einer „Demokratisierung“ des Reiches zu wenden; und flugs waren die Konventionen an der Arbeit, um durch Ausschlichtung der Verfassungsanträge den Nachweis zu führen, daß die Liberalen das Vaterland langsam der Demokratie in die Arme führen wollten.

Uns will aber doch scheinen, als ob Herr v. Bethmann das Problem etwas schief gestellt hätte. Tatsächlich besteht ja die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers heute schon, nur daß sie eben weiter nichts als ein Begriff ist, da ihr jede rechtliche Folge fehlt. Eine Güte ist also zweifellos in der Verfassung vorhanden, denn wenn das Prinzip der Verantwortlichkeit einmal ausgesprochen ist, muß logischerweise auch einmal gesagt werden, was geschähen soll, wenn der höchste Beamte des Reichs — und im Reich auch zugleich der einzige verantwortliche Minister — sich gegen das Gesetz vergeht. Nur will uns scheinen, als ob die Liberalen in der Verfolgung dieses Gedankens sich wieder gar zu sehr in den alten Fehler eines staatsrechtlichen Dogmatismus verrennen, der ohne Rücksicht auf den praktischen Erfolg seine Ziele lediglich des Prinzips wegen verfolgt. Denn es kann sich hier doch immer nur um die politische, niemals um die strafrechtliche Verantwortlichkeit des Kanzlers handeln; strafrechtlich ist er natürlich nicht anders gestellt, als jeder andere Staatsbürger. Und diese politische Verantwortlichkeit wird in ihrer Bedeutung doch erheblich überschätzt. Nehmen wir einmal an, das Parlament zieht den Kanzler zur Rechenschaft, dann entsteht gleich die erste Frage, vor welches Gericht er kommen soll. Das Reichsgericht als das nächstliegende kann kaum in Frage kommen, da seine Richter bei ihrer Beförderung direkt oder indirekt von dem Kanzler abhängig sind, ihre Unbefangenheit also nicht über jeden Zweifel erhaben ist. Und mit einem neu zu gründenden Staatsgerichtshof würde es nicht viel besser sein, wenn man sich nicht dazu entschloße, die Wahl dieser Richter dem Reichstag und dem Bundesrat gemeinsam zu übertragen, was — das liegt auf der Hand — seine erheblichen Schwierigkeiten hätte.

Aber gesetzt, diese Hindernisse ließen sich beheben. Wie würde dann weiter zu projizieren sein? Der Kanzler wird wegen Bruchs der Verfassung dem Gericht zur Aburteilung überwiesen. Glaubt man wirklich, daß damit etwas erreicht wäre? Die heftige Kammer hat seinerzeit den Ministerpräsidenten Haspelflug — genannt Haspelflug — dreimal vor das Gericht verwiesen, und jedesmal ist er freigesprochen worden. Aus ganz natürlichen Gründen: Wer als Minister ein so gefährliches Spiel treibt, der wird es immer so einzurichten wissen, daß ihm die bona fides nicht abgesprochen werden kann. Ausgenommen den einen äußersten Fall, der Revolution von oben. Dann aber kommt alles auf den Erfolg an. Gelingt der Staatsstreich, dann wird sich im Parlament eine Mehrheit für die Anklage nicht finden, im andern Falle wird der Kanzler rechtzeitig Sorge tragen, um sich in Sicherheit zu bringen.

Derartige theoretische Spielereien jedoch sollten nicht den Anlaß zu Verfassungsänderungen geben, die Sache ist zu ernst, als daß da mit Spitzfindigkeiten gearbeitet werden dürfte. Und deshalb vermögen wir einen praktischen Wert der Verfassungsgarantien nicht einzusehen. Vielleicht nach der Richtung, daß die Verantwortlichkeit dem Kanzler den Rücken stärken könnte gegenüber dem Monarchen, daß er sich dahinter verstecken könnte, um seine Zustimmung zu Vorschlägen des Kaisers im gegebenen Falle abzulehnen. Möglich, daß dadurch eine Stärkung der Stellung des Kanzlers erreicht würde, aber wahrscheinlich ist das nicht, und deshalb auch zwecklos, wegen solch imaginärer Werte die Gesetzgebungsmechanik in Bewegung zu setzen. Wogegen wir uns jedoch wenden müssen, das

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 16 Seiten.

ist die Art, wie Herr von Bethmann den Gedanken eines solchen Gesetzes bekämpft hat. Er wollte darin eine Einschränkung der kaiserlichen Gewalt erblicken, und zu einer solchen, tief er mit starker Betonung aus, werde er niemals seine Hand geben.

Mit Verlaub, hat Herr von Bethmann ganz verstanden, daß er noch vor wenigen Monaten einem Antrage des Reichstags zustimmte, monach in Zukunft Gebietsabtretungen in unsern Kolonien nur mit Zustimmung des Reichstags zulässig sein sollten? Das war zweifellos eine wesentliche Einschränkung der kaiserlichen Gewalt, und wir begreifen deshalb nicht recht, wie derselbe Herr von Bethmann, der als Staatssekretär des Innern im Jahre 1908 im Reichstag bei Beratung eines ähnlichen Zentrumsantrages noch so wohlwollende Worte fand, jetzt über den gleichen Gegenstand dermaßen entrüstet sein kann. Zorn und Ärger sind schlechte Berater — wenn anders sie in ihren Wirkungen nicht auf Stellen außerhalb des Reichstags berechnet sein sollten! — jedenfalls sind sie nicht geeignet, einen günstigen Boden zur ruhigen Verhandlung zu schaffen. Der Reichstag in seiner augenblicklichen Zusammensetzung hat eine starke Mehrheit für die Einführung der „verfassungsmäßigen Garantien“, um so mehr also sollte die Regierung vermeiden, kränkende Worte zu brauchen, die den Verlehten nur noch tiefer in seine Ideen hineintreiben müssen. Eine ruhige Aussprache, das ist der gegebene Weg, und das Resultat sollte dann nach unserer Anschauung nicht zweifelhaft sein, daß der Reichstag sich nicht in staatsrechtliche Spitzfindigkeiten verbeißt, sondern lieber einen Weg sucht, der ihm eine wertvollere Bereicherung seiner Macht garantiert, und das ist vor allem eine Aenderung der Geschäftsordnung in der Richtung, daß am Schlusse einer Interpellation Anträge gestellt werden können, die nach französischem Muster in der Form von Tagesordnungen den Inhalt der Aussprache und die Ansichten der Mehrheit wiedergeben. Damit erreicht man mehr als mit einer Ministerverantwortlichkeit, die doch immer nur auf dem Papier stehen wird.

Kundschau.

Bernhard Dernburg und die Steuerungsfrage.

In der „Frankfurter Zeitung“ stellt der frühere Staatssekretär Bernhard Dernburg eine Untersuchung über die Steuerungsfrage an. Er ist der Meinung, daß weder die Zollpolitik noch die Mißerte des Jahres 1911 allein und in erster Linie für die Steuerungsverantwortung gemacht werden könne. Denn einmal seien eine ganze Reihe von Gegenständen im Preise gestiegen, die seinen Zoll trügen; ferner mache sich die Steuerungsfrage auch in Ländern fühlbar, die auf Nahrungs- und Genussmittel überhaupt keine Zölle gelegt hätten; und schließlich sei eine Steuerungsfrage auch bei Waren eingetreten, die mit der Mißerte nichts zu tun hätten. Er setzt dann weiter auseinander, wie die Steuerungsfrage zu erklären sei und kommt zu dem Ergebnisse, daß die deutsche Zoll- und Steuerungsfrage als primäre Ursache der Steigerung der Lebensmittelpreise nicht in Frage kommen könne, daß sie aber sekundär eine erhebliche Rolle spiele. Er empfiehlt eine statistische und wissenschaftliche Untersuchung der

Wirkung der deutschen Schutzzölle und der Gründe der Weltsteuerung.

Eine Kundgebung des „Offshore Romano“.

Ein Artikel des „Offshore Romano“ befragt: „Sicherlich kann keiner die religiöse Bestimmung und die Treue der Mehrheit der katholischen Deutschen zum Papste bezweifeln, und insbesondere wir bekräftigen dies hiermit. Es ist niemandem eingefallen, die lauterer Gefühle der katholischen Gläubigen der Erzdiözese Köln, vor allem ihres verehrungswürdigen und ausgezeichneten Oberhirten, Eminenz Fischer, anzugreifen, und in Zweifel zu ziehen. Aber ganz anders muß das Urteil lauten betreffs gewisser Individuen oder Gruppen, woran es nicht in Deutschland mangelt, wie solche auch in andern Ländern existieren, welche irriige Lehren aufrecht erhalten und verbreiten, und die, um dem verdienstlichen Tadel zu entgehen, sich unter die wahren Katholiken mischen und glauben machen, daß auf diese der ihnen zugedachte Beweis ziele. So hat der heilige Stuhl auch nicht die interkonfessionellen Gewerkschaften als solche verurteilt, noch hat er sich ausgesprochen über die Polemik betreffs der beiden in Deutschland bestehenden Vereinstypen: im Gegenteil, er hat den Bischöfen die Freiheit gelassen, das eine oder das andere gemäß ihrem Gutdünken je nach den lokalen Umständen und dem besonderen Bedürfnis in ihren Diözesen vorzuziehen. Der heilige Stuhl kann aber nicht sein Bedenken verbergen angeht die schweren Gefahr, welche gewisse, den Unternehmungen der Kirche entgegenstehende Lehren und Richtungen aufweisen, namentlich solche auf sozialem und politisch-religiösem Gebiet. Es ist daher wünschenswert, daß alle deutschen Katholiken ohne Unterschied, indem sie jedweden Ansporn zum Argwohn gegen Rom von sich weisen, für die völlige Eintracht unter sich sorgen; sie mögen sich getreulich angelegenheitslich an die Direktiven des heiligen Stuhls und des Episcopats halten, denn nur auf diese Weise kann ihre Aktion wirklich erfruchtlich für das Wohl der Religion und des Vaterlandes sein.“

Auf wen zielt nun diese Kundgebung? Auf die „Kölner“ oder „Berliner Richtung“? Welche Lehren und Richtungen auf politisch-religiösem und sozialem Gebiet sind den Unternehmungen der Kirche entgegengekehrt? Wie weit erstrecken sich die Direktiven des hl. Stuhls und Episcopats?

Zum Thronwechsel in Luxemburg.

In der eigens einberufenen Kammerfraktion wurde der Präsident Bonal dem heimgegangenen Großherzog einen warmen Nachruf, indem er ausführte: „In Schloß Berg, wo er einst die schönsten Tage seines Lebens verbrachte, sind der letzte Aगत des Hauses Nassau ins Grab, in einem Glanzlichter von Leben und Güte, ohne sein Ideal von Gerechtigkeit, Arbeit und Eintracht verwerflich zu haben. Die Krone geht auf die Thronerin Prinzessin Marie A belheid über. Als Dolmetsch ihrer Empfindungen halte ich es für meine Pflicht, festzustellen, daß der Uebergang der Herrscher Gewalt inmitten von Ruhe und Zutrauen der Nation vor sich geht. Betrachten wir es als günstiges Vorzeichen für die Zukunft, daß von unseren Fürsten die neue Erbgroßherzogin die erste ist, die im Lande geboren und erzogen ist. Der Redner führte sodann aus, daß die neue Großherzogin seit Maria Theresia die erste Frau auf luxemburgischem Thron sei. Er fuhr fort: „Die Herrscherthugenden dieser großen Vorgängerin und die ritterlichen Ueberlieferungen des Hauses Nassau wer-

den für die neue Herrscherin ein leuchtendes Vorbild sein. Sie wird als verfassungstreue Großherzogin über die Unabhängigkeit und die freien Einrichtungen des Landes wachen.“

Kleine Kundschau.

Aus der Diplomatie. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet: Die Attachés im Auswärtigen Amt, Regierungsassessor Dr. Weber, Referendar Dr. Hösch, Referendar Eberhard von Schwerin und Leutnant Dr. Freiherr v. Lynder haben das diplomatische Hauptexamen bestanden und werden demnächst zu Legationsräten ernannt.

Ausdehnung der Ausfuhr gefrorenen Fleisches. Während sich die Ausfuhr gefühlter Rinderviertel aus Argentinien im Jahre 1907 noch auf 439 613 Stück beschränkt hatte, erreichte sie im Jahre 1910 bereits die Höhe von 1 434 078 Stück und im Jahre 1911 die von 1 693 494 Stück; dazu kamen noch im Jahre 1911 4 104 515 gefrorene Hammel (gegen 3 413 725 im Jahre 1910) und 2 131 791 (1 608 608) gefrorene Rinderviertel.

Der Bund der Handwerker hielt seine Generalversammlung in Berlin ab. Der Bundesvorsitzende, Schneidermeister Boigt-Friedenau, betonte in seiner Ansprache, daß der Bund nationale Wirtschaftspolitik treiben wolle und auf monarchischer Grundlage stehe, und gab in seinem anschließenden Referat einen Rückblick auf die Reichstagswahlen. Reichstagsabgeordneter Kretsch sprach von der Gleichheit der idealen und wirtschaftlichen Ziele des Mittelstandes und der produktiven Stände. Die einzelnen folgenden Referate hatten zum Gegenstand die Aufgaben des kommenden Reichstags für das deutsche Handwerk und das Verhältnis der Regierung zum Handwerk.

Die Burg Wettin ein Veteranenheim. Das Stammesloß des sächsischen Königshauses, die Burg Wettin, soll zu einem Veteranenheim umgestaltet werden. Zu diesem Zweck sind bereits 200 000 M. gefittet. Die Einweihung soll während der diesjährigen Kaiserjubiläum in Anwesenheit des Kaisers und des Königs von Sachsen erfolgen.

Aus den Parteien.

Die liberale Fraktion des bayerischen Landtags hat sich konstituiert. Zum ersten Vorsitzenden wurde wieder Oberbürgermeister Dr. Casselmann, Bayernreuth, als dessen Stellvertreter die Abgeordneten Dr. Hammerich und Dr. Müller-Abg gewählt. Das Amt eines Schriftführers wurde dem Abgeordneten Dr. Dirr-Augsburg, jenes des Kassiers dem Abgeordneten Löwenand übertragen. Beisitzer wurden die Abgeordneten Hüßlich und Kohl. — Der Fraktionsführer wohnte auch die Abgeordneten vom Deutschen Bauernbund als Hospitanten bei.

Die Zentrumsfraktion des bayerischen Landtags hat sich ebenfalls konstituiert. Der bisherige erste Vorsitzende Senatspräsident Berno wurde wiedergewählt. Zweiter Vorsitzender wurde Oberregierungsrat Alois Franke. Der bisherige zweite Vorsitzende Zollinspektor Giesler wurde zum dritten Vorsitzenden gewählt. Die Wahlen erfolgten in größter Einmütigkeit.

Landtagswahl in Berlin.

Bei den Wahlmännernwahlen im 2. Berliner Landtagswahlbezirk wurden 416 freisinnige, 109 sozial-

demokratische und 2 konservative Wahlmänner gewählt. Der Wahlbezirk ist also von den Freisinnigen behauptet worden.

„Parteiblitzen“ im Reichsland.

In der Budgetkommission des elsass-lothringischen Landtags haben Zentrum und Sozialdemokratie den Gnabensfonds des Kaisers in Höhe von 100 000 M. gestrichen.

Es hat Leute gegeben, die bei der reichslandischen Verfassungsreform schwere Bedenken gegen eine solche Ausgestaltung des Wahlrechts äußerten, die nur die Merikalen und Sozialdemokraten in die erste Grenzmark hochbringen werde. Es wird sich noch mehr als einmal zeigen, daß diese Bedenken nicht grundlos waren.

Sozialpolitische Kundschau.

Soziale Stiftung.

Der kürzlich in Fürth verlebte Geh. Kommerzienrat Heinrich Hornschuh, Vorbesitzer der Wundweberlei Weber & Ott, Alt.-Gef., hat testamentarisch 375 000 M. für gemeinnützige und wohltätige Zwecke ausgeworfen, darunter 150 000 M. für die Arbeiter der Gesellschaft. Die Stadt Fürth erhält zur Errichtung einer Stiftung für die Armen 100 000 M. Weiter wurde eine Reihe kleinerer Legate ausgelegt.

Kommunalpolitische Umschau.

Städtische Arbeitslosenversicherung.

Einen bedeutsamen Fortschritt in sozialer Beziehung bedeutet eine Vorlage des Magistrats in Frankfurt, die Bestimmungen für einen Fonds zur Unterstützung von Arbeitslosen enthält. Damit ist der erste Anfang für die bereits von Sonnemann empfohlene Arbeitslosenversicherung gemacht.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

28. Sitzung.

Karlruhe, 28. Februar.

Präsident Rohrhurst eröffnet die Sitzung um 10 Uhr. Am Regierungstisch: Minister Freiherr von Bodmann, Regierungskommissare. Sekretär Köhlin (nat.) gibt die Eingänge bekannt. Abg. Rebmann (nat.): In der Budgetkommission wurden gestern bei der Beratung des Eisenbahnbetriebsbudgets u. a. auch die Schwierigkeiten besprochen, die Fragen, die in den Beamtenspetitionen niedergelegt sind, sofort in das Budget einzuräumen, und zwar nicht bloß für das Eisenbahnbudget, sondern für sämtliche Teile der Staatsverwaltung; es haben sich außerdem noch einzelne Fragen ergeben, die im Zusammenhang stehen, aber nicht in den Petitionen niedergelegt sind. Die Budgetkommission ist nun der Meinung, daß diese ganze Materie einer besonderen Kommission überwiesen werden soll, die einmal sämtliche Beamtenspetitionen zu beraten hätte und außerdem die ganze Beamtenspolitik der Regierung in diese Beratungen einzuziehen soll. Der Seniorentown hat in einer Sitzung der Ernennung einer solchen Kommission zugestimmt. Präsident Rohrhurst: Die Beamtenspetitionen sind an eine Kommission von 11 Mitgliedern zu verweisen.

Das Urbild John Bulls.

(Eine Zweihundertjahrerinnerung.)

So wie unser Volk im deutschen Michel, so wird das englische in John Bull typisiert. Der deutsche Michel ist sehr alt, denn schon in längst vergangenen Tagen flog der heilige Michael als des deutschen Volkes Schutzpatron auf der Reichsturmflamme den Kriegshäufen voran. John Bull aber ist verhältnismäßig junges Dams, und zwar wird es in diesem März 200 Jahre, daß ein höchst geistvoller Satiriker diese Gestalt erfand, die seitdem von den Engländern selbst wie von der ganzen Welt als die unübertreffliche Verkörperung britischen Volkstums angenommen worden ist. Ueber die sehr interessante Frage des Ursprungs John Bulls hat Prof. Wolfgang Michael eingehende Untersuchungen angestellt, denen wir hier folgen. Es war im März 1712, als ein für drei Pence käufliches Heft zu London erschien, dessen etwas umständlicher Titel in deutscher Uebersetzung folgendermaßen lautet: „Ein Prozeß ist ein bodenloser Abgrund. Erläuterung durch das Beispiel des Lord Strutt, John Bull, Nicholas Frog und Lewis Baboon, welche alles, was sie hatten, einem Rechtsstreite drangaben.“ Es folgten dieser Veröffentlichung noch vier weitere Teile, in denen, wie schon die Titel zeigten, John Bull immer mehr in den Vordergrund trat, und endlich wurden später sämtliche Fortsetzungen der Schrift zusammenhängend unter dem Titel „Die Geschichte John Bulls“ veröffentlicht.

Die Frage, wer der Verfasser dieser Satire — denn um eine solche handelt es sich — gewesen ist, kann als gelöst gelten: es war nicht, wie es damals und auch später noch lange hieß, der berühmte Jonathan Swift, sondern es war sein Freund, der Schotte John Arbuthnot. Wer war nun John Bull, den der schottische Satiriker auf diese Weise in die Geschichte eingeführt hat? Wurde damit auf eine bestimmte Persönlichkeit hingedeutet? Der Eindruck, den die Gestalt auf das englische Publikum gemacht hat, muß ja offenbar groß gewesen sein, da der Held der Erzählung als die klassische Personifikation des Nationalcharakters hingenommen wurde und in derselben Gestalt noch bis heute lebt. Professor Michael hat nun überzeugend nachgewiesen, daß in dem Buche im Bilde des Prozeßes um die Erbschaft des reichgeklärten Lord Strutt die politischen Verhältnisse in den Tagen des spanischen Erbfolgekrieges zur Darstellung gebracht sind. Der reichgeklärte Lord Strutt selbst ist Spanien mit seinen Nebenländern und Kolonien. Lewis Baboon ist Ludwig XIV., dessen Entel, Philipp V. von Spanien, als Philipp Baboon, der neue Lord Strutt, auftritt. John Bull und Nicholas Frog, die zusammen den Prozeß zur Behauptung ihrer alten Geschäftsverbindungen mit dem Hause des Lord Strutt beinhalten, sind England und Holland, und der hinterlistige Advokat Facus, der John Bull immer tiefer in den Prozeß hineinzieht, ist kein anderer, als der unerfährliche ruhm- und geldgierige Herzog von Marlborough; denn diese Satire ist entschieden im Sinne der Friedenspolitik Lord Bolingbrokes geschrieben.

In der Figur John Bulls hat nun Arbuthnot mit glücklicher Hand die naive englische Denkwaise, sozusagen den gesunden Engländerverstand, gezeichnet. Michael sagt darüber: „John Bull wird dargestellt als ein Mann von schlauer Art, gerade und ehrlich, er

spricht gern so, wie er denkt, und hält die anderen für so redlich und aufrichtig, wie er selbst ist. Wenn man ihn reist, so wird er freilich heftig und gewalttätig. Kann er mit seinem unbotmäßigen Gemüte nicht fertig werden, so nimmt er einen dicken Prügel zur Hand und schlägt so kräftig drein, daß sie sich stoßen und drängen, um davon zu kommen, und schließlich hals über Kopf die Treppe herunterpurzeln. Von feinerer Bildung ist bei ihm keine Rede, und das weiß er selbst am besten; er sagt, er sei einfältig, aber den Bull könne er wohl fühlen. Er habe nicht, wie die anderen, Plato und Aristoteles, auch nicht den Machiavelli gelesen, aber er läßt sich darum doch nicht überbühnen. Seinen wahren Vorteil kennt er auch recht gut, er weiß, daß das Hemd ihm näher ist als der Rock. Für hohe Ideale hat er wenig Sinn und großen Respekt vor dem Recht. Nur darauf hält er eifrigstenfalls und voller Stolz, daß niemand ihm die Freiheit seines Handels nehme. „So lange John Bull (sagt er zu Frog) diesen Degen hier an der Seite trägt, oder auch nur eine Elle Tuch zu verkaufen hat, soll ihm keiner Gesetze vorschreiben.“

Das ist der John Bull des John Arbuthnot, und so wie er dem Kopfe des schottischen Satirikers entsprang, so tritt der handfeste, praktische, profanische John Bull heute in den englischen Wählzettel auf. Nur hat er seine Tracht gewechselt, nämlich verjüngt. Wie es scheint, haben die Parrikatursisten sich dieser dankbaren Figur erst etwa hundert Jahre später bemächtigt; die erste bildliche Darstellung John Bulls wird ins Jahr 1795 gesetzt, und daher hat der vierköpfige Geselle auch noch bis zum heutigen Tage die Tracht des ausgehenden 18. Jahrhunderts beibehalten; im übrigen ist er noch der gleiche, der damals über Englands Beteiligung an dem großen kontinentalen Kriege ein so offenes und wirkungsvolles Wort gesprochen hat, und wenn Macaulay die Geschichte John Bulls schließlich die geistvollste und wichtigste politische Satire in englischer Sprache genannt hat, so gibt die Unsterblichkeit, die ihr Held sich errungen hat, diesem Urteile recht.

Kleines Feuilleton.

Wider aus Beirut. Mit einem Schläge ist durch das Bombardement der italienischen Kriegsschiffe Syriens Hauptstadt, das handelsstätige, friedlich regende Beirut in den Brennareis des allgemeinen Interesses gerückt worden. Es ist eine alte und doch eine neue Stadt. Ihr Name erinnert noch an das griechische Vergus, aber vergeblich wird man eine Spur davon im heutigen Beirut suchen, und ebenso ist von der Glanzzeit der Stadt im 17. Jahrhundert unter der Regierung des großen Druzenemirs Fadyed Din heute nichts mehr zu sehen. Erst in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts begann Beirut moderner Aufschwung und als der Libanon, der früher wie eine Mauer das Hinterland abschloß, durch eine gute Poststraße überbrunden, als durch den Bau zweier Wellenbrecher ein kleiner, aber sicherer Hafen entstanden, und nollends, als 1806 die Bahnradbahn über das Gebirge nach Damaskus eröffnet war, da dehnte sich Beirut gewaltig und heute hat es vor allen Küstenplätzen Syriens einen Vorprung gewonnen, der nicht mehr eingeholen ist. Wir besitzen eine vortreffliche Schilderung der Stadt aus der Feder von Max Holmann. Wer von Eppern her Beirut aufsucht, dem bietet sich

ein Landschaftsbild, das selbst den vermögenden Mittelmeerfahrer zur Bewunderung zwingt. Im Vordergrund See und Hafen, dahinter hinter Gärten und Hügel die schimmernden Häuser und im Osten die gewaltige Mauer des Libanon. Ueber den freundlichen, dicht bewohnten Vorbergen steigen die kahlen Hänge wuchtig empor bis zum schneebedeckten, glühenden Kamm des Djebel Sinjan, der aus seiner eifigen Höhe heilloslos herabfällt auf das grüne Hügelland, auf die roten Fächer der Stadt und blauen Bogen der Bai. Natürlich birgt sich hinter der glänzenden Außenwelt ein wenig ansprechendes Innere. Schmale, schmutzige Gassen ziehen sich zwischen Häusern und Gärten bergauf und bergab und verschlingen sich im Zentrum der Stadt im Saal zu einem Labrynth von gemundenen Gängen, schlüpfrigen Gassen und geheimnisvollen Winkeln. Rings an die Peripherie löst sich dann die Häusermasse in ein lockeres Durcheinander von Villen und Gärten auf; und weiter hinaus, wo zwischen Mauern und Gärten die schmucken Häuser der oberen Zehntausend stehen, bieten sich entzückende Blicke auf Meer und Gebirge, Gassen und Häuser. Vielleicht das Schönste von Beirut sind die grünen Gärten, in denen Fremdlinge und Einheimische aus der Pflanzenwelt in wundervoller Reichtume blühen und wachsen. Die Sommernächte in den Gärten Beirut sind ganz tropisch: warm und duftend, die dunklen Baumgruppen stehen schweigend, ein Brunnen raucht verflüchtelt durch die Stille und im lackernden Licht der Sterne ist die Luft schwer von süßen Düften und von helkem Träumen. Der Betruer aber ist kein Phantastik- und Traumensch, sondern sehr modern.

Von den 120 000 Seelen der Stadt sind zwei Drittel Christen; der Levantiner bildet den beherrschenden Typus der Bevölkerung und zu gewissen Stunden bestimmt er geradezu das Straßenbild. Vor allem vor den zahlreichen Cafés am Kanonenplatz und dann gegen Sonnenuntergang auf der Korfstraße, die nach Ras Beirut hinausführt. Das Leben des Levantiners pendelt zwischen gemüthlichen Geschäften und imitiertem Boulevard-Eleganz sowie das der Levantinerin zwischen unaufbeurer Faulheit daheim und demonstrativer Eleganz auf der Straße, aber wie Holmann mit geistreicher Ironie sagt, zwischen Nachjocke und Promenadenkostüm. Doch haben in jüngster Zeit Franzosen und Amerikaner, Deutsche und Briten ihre Unterrichtsanstalten in Beirut wetteifernd auf eine immer größere Höhe gebracht und so ist Beirut nicht nur die Handelshauptstadt, sondern das Gehirn Syriens geworden; die Einbruchspforte, durch die die neuen Ideen einströmen. Wer den Orient sucht, der wird in Beirut ebenso wie in Smyrna noch nicht auf seine Kosten kommen; es ist trotz Palmen und Minarets noch Halb-Europa oder Halb-Asien. Aber auf die Stadt bilden die Schneehöhen des „Dschebel Libnan“, wohin der Atem der See nicht mehr dringt, und dort freilich, noch in Schmelze von Beirut, beginnt das Märchenreich des alten Orients.

Wer raucht die teuersten Zigarren? Mancher Leser wird natürlich rasch mit der Antwort bei der Hand sein: Der amerikanische Dollarmilliardier. Aber diesmal hat er sich gründlich verungen und vertan, den die Nikotinbarrieren gedeihen am zahlreichsten in dem Lande des Ufermürrers und des Pfälzer

Tabaks, und auch wieder ist ihr Vorkommen an eine ganz bestimmte Dertlichkeit gebunden, an den Sitz der Ruperto-Carolina am Heidelberg. Für diese Talsache verbißt sich wenigstens Herr B. J. Alexander, ein Zigarrenhändler aus Havana, der dieser Tage einem Ausrufer des Blattes Republic in St. Louis erzählte, daß die Nachfrage nach kubanischen Fünfdollar-Zigarren gar nicht bedrückt werden kann, weil die Heidelberg Zigaretten Studenten anheimelnd nicht genug davon bekommen können. (!) Heidelberg beziehe mehr von diesen halbmetertlangen Glimmsengeln als irgend ein anderer Platz der Welt. Es sei ihm erzählt worden, daß die Heidelberg Zigarettenhändler diese Zigarren nicht nur auf dem allbekanntesten Wege ordnen lassen, sondern sie zuweilen in eine orientalische Wasserpeise, zu deutsch: Karigileh, stopfen und sie dann von Hand zu Hand oder besser vor Mund zu Mund gehen lassen, sie also mit vereinten Kräften einem ganz ordinären Schwarzer-Kreuzer-Rippenstabs-Tod entgegenführen. Mit der anheimelnd unheimlichen Verlagerung des Heidelberg Studentenmehchels ist offenbar auch eine Verwirrung der Nahrungsinne eingetreten, die fast an römische Verfallszeiten erinnert. Eine Nation, die Zwanzigmark-Garanten aus der Presse raucht, ist dem Untergang geweiht. Hoffen wir, daß die „Stadt an Egen reich“ in der Lage ist, sich der ihr zugedachten Klosterstete wirksam zu erwehren.

Ein Abendessen ist kein Souper. Das „garnierte Frühstück“ und die „Table d'hôte“ sind in unsern biederen deutschen Gasthäusern feststehende Begriffe, wie jedermann weiß. Aber auch das „Souper“ scheint ein nach Inhalt und Umfang stark ungenügender Begriff zu sein, den hungriige Gäste sich genau klarmachen sollten. Eine Gruppe wanderlustiger Düsseldorf'er Herren, die der dortigen Abteilung des Eiservereins angehören, konnte ihn nicht genügend, und verbandt diesem Umstand folgendes Erlebnis in deutschen Landen, das wir der „Köln. Ztg.“ entnehmen:

Die Herren unternahmen am letzten Sonntag eine Tageswanderung von Hagen aus ins Sauerland. Sie sollte abends in einem idyllischen Berchden des Palmetsa enden. Dort ward in einem Gasthause telegraphisch Abendessen für acht Teilnehmer bestellt. Alles verlief programmmäßig und zur vollsten Zufriedenheit. Bis auf dieses Abendessen; es war nicht lächel, aber — für ausgehungerte Wanderer nach einem Marsch von 36 Kilometer bei weitem nicht ausreichend. Die Gäste machten denn auch aus ihrer Enttäuschung kein Hehl. Das aber rief den Wirt auf den Plan. Er erschien, in der einen Hand das Telegramm haltend, mit der andern immer wieder daraufweisend: „Aber, meine Herren, ich bin doch ganz schuldlos. Hier sieht's doch deutlich: Sie haben nur acht Abendessen bestellt, deshalb sind auch nur die fertig gemacht worden. Wenn Sie was Reichlicheres haben wollten, mühten Sie acht „Souper“ bestellen.“

Diese neue Entdeckung, daß ein Abendessen noch lange kein Souper ist, hat im Verein mit einigen Schinkenbröten den Düsseldorf'er geflohen, über das Knurren des Magens hinwegzukommen und sie zu heiterster Stimmung angeregt, die vom Sauerland bis zur Heimkehr an den Rhein anhielt.

Ein Widerspruch wird dagegen nicht erhoben. Das Haus ist damit einverstanden. Es ist eingegangen ein Schreiben des Staatsministeriums, nach welchem von Großherzog Friedrich II. aus Schloss Berg folgendes Telegramm eingegangen ist:

„Ich bitte Sie, zugleich im Namen der Großherzogin, der Zweiten Kammer für den warmen Ausdruck der Teilnahme an unserem schweren Leid unseren herzlichsten Dank übermitteln zu wollen.“ Ferner ist ein Schreiben des Großherzoglichen Amtes eingelaufen, wonach der Minister bereit ist, die Interpellationen der Abgg. Dr. Koch und Genossen, über die Lage der Redaktionsleiter jederzeit zu beantworten. Wir werden diese Interpellation auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen bei der Beratung des Budgets des Ministeriums des Innern (Wasser- und Straßenbau) setzen.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein. Zunächst wird über die Anforderung unter § 31 des Eisenbahnbudgets für 1912 und 1913: Erstellung eines Ueberholungsplanes in Niesern

beraten. Am Namen der Budgetkommission erstattet Abg. Pfeffle (natl.) den Bericht dieser Kommission. In Niesern ist die Anlage eines Ueberholungsplanes dringendes Bedürfnis. Die Kosten sind auf 140 000 M. veranschlagt. Der Berichterstatter empfiehlt die Annahme dieser Summe. Die jetzigen Zustände seien unerträglich; große Verpätungen seien die Folge. Der Redner bittet nochmals um Annahme der Position.

Diese erfolgt sodann ohne Debatte einstimmig. Es folgt nun die Fortsetzung der Beratung über das Budget des Großh. Ministeriums des Innern für 1912 und 1913. Ausgabe Titel XVI und Einnahme Titel IX

Landwirtschaft.

Abg. Pfeffle (natl.) vertritt die Interessen des Winzerverbandes und führt dabei aus: Der Ausfall der Weinernte im Jahre 1910 war so minimal, daß gar mancher Weinbauer in seiner Existenz erheblich bedroht war. Erfreulicherweise hatte die Regierung ein Verständnis für die schwere, drückende Lage des Winzers und war zu dessen Unterstützung die Summe von 200 000 M. aus, wofür ihr die Rebbauplaner sehr dankbar sind. Für die Bekämpfung der Rebschädlinge war schon viel getan, aber es muß noch bedeutend mehr geschehen. Es wäre dringend notwendig, daß die Regierung den Rebbauplaner in diesem Jahre durch Geldunterstützung bei der Bekämpfung der Rebschädlinge in die Arme greifen würde. Erfreulicherweise hatten wir im vergangenen Jahre einen besseren Herbst; die große Wärme hat einen ausgezeichneten Wein erzeugt, der von Tag zu Tag besser wird. Das Herbstergebnis des vergangenen Jahres hat die Lage des Winzers wesentlich verbessert. Es ist notwendig, daß in der Bekämpfung der Rebschädlinge auch in diesem Jahre sorgfältig vorgehört wird. In einigen Gegenden dürfte der Schaden, den die Käse in der Nacht zum 4. Februar an den Rebblättern verursacht hat, nicht so groß sein, wie man ursprünglich angenommen hat; in jenen Gegenden, in denen das Holz erkranken ist, ist der Schaden allerdings nicht unerheblich. Der Landwirtschaftliche Verein sollte an der Bekämpfung der Rebschädlinge ebenso mitwirken, wie dies der Bauernverein und Konsumverein tun. Einen großen Raum hat in der Landwirtschaftsdebatte das Verbot des Anbaues der Amerikaner eingenommen; es ist eine Anfrage an die Regierung gerichtet worden in dieser Frage. Ich bin der Ansicht, daß die mit Amerikaner eingebrachten Stämme bekämpft werden sollen, der Anbau weiterer Stämme in Baden aber nicht gestattet werden. Die Rebbauplaner bis heute unsere höchsten Weinbaugüter verschont, darüber wollen wir uns freuen. Ich habe auch dem deutschen Weinbaukongress in Kolmar i. E. beigewohnt, auf dem die Frage der Rebaubekämpfung eine große Rolle spielte. Ich bin nun zu der Ueberzeugung gekommen, daß wir in Baden keinen Grund haben, den Bestrebungen der Elsäßer in dieser Frage Folge zu leisten, da wir ja in Baden die Rebbauplaner nicht kennen; wollen wir hoffen, daß wir sie auch nicht kennen lernen und wollen wir daher die nötigen Vorkehrungen treffen. Der Minister hat nicht mit Unrecht darauf hingewiesen, daß wenn einmal der Anbau der Amerikaner gestattet werden würde, das auf unser Badener Weines leiden würde. Es wäre selbstverständlich, daß nicht so extrem gehandelt wird, daß kein Tropfen Amerikanerwein in den badischen Wein kommt; die Kaufkraft wird geringer. Die Einführung der Amerikaner würde für unser Land bezw. dessen Weinbau große Nachteile bringen. Der Wunsch nach Vereinfachung von Hausraum ist bei unseren Winzern vorhanden, aber überall dort, wo Wein wächst, wächst auch Obst, das sich zur Verwendung von Hausraum sehr gut verwenden läßt. Ich bin sehr damit einverstanden, daß in Augustenfeld die Regierung Versuche größeren Umfangs macht mit der Vereinfachung deutscher Reben, um in der Lage zu sein, den Winzern mit Rat und Tat zu helfen. Ich bin sehr dankbar, daß die Regierung in Willheim sich um unsern Rebbauplaner hat, wir müssen unbedingt im ganzen Lande mehrere Weinbaulehrer anstellen. Ich bitte die Regierung, die Frage wegen der Errichtung einer Weinbaulehrerschule nochmals zu prüfen.

Abg. Seubert (Str.) erklärt, die Behauptung des Abg. Weiskopf-Wescher, infolge der Güterwagen-Gemeinschaft werde die Maul- und Klauenseuche weiter verbreitet, sei nicht richtig.

Abg. Schmidt-Bretten (Konf.) rechtfertigt seinen Standpunkt in landwirtschaftlichen Fragen, den er in der ersten Rede eingenommen hatte, und polemisiert gegen die Vorredner. Weiter verteidigt er die Schutzpolitik und wendet sich dabei vor allem gegen die Nationalliberalen, denen er eine zwispaltige Haltung in Fragen der Schutzpolitik und speziell der Futtermittelzölle nachweisen will.

Abg. Kurz (Soz.) will eine mildere Handhabung des Seuchengesetzes und stellt fest, daß bei ihm konervative und Zentrumslandwirte gewesen seien, die zu ihm gesagt hätten, er solle für die Aufhebung der Futtermittelzölle eintreten. Zu begründen sei, daß die landwirtschaftlichen Fachschulen so gut besucht sind, daher sei zu wünschen, daß sie besser ausgebaut werden. Die Einführung der Viehvericherung soll der Gemeinde überlassen werden.

Abg. Dietrich (natl.). Der Berichterstatter hat an die Regierung die Bitte gerichtet, sie möge zur Förderung des Ackerbaues ihr Möglichstes beitragen. Die Landwirtschaft befindet sich nicht in der Lage wie die Industrie, einfach feststellen zu können, welche Er-

träge sie erzielen kann, fordern sie ist hier von Naturgegeben abhängig. Wenn nun auf allen Gebieten das Bestreben eingeleitet ist, sich einen Ertrag sichern zu können, so ist es nicht zu verstehen, wenn die Landwirtschaft im gleichen Sinne tätig ist. Dies ist aber nicht so einfach. Zur Besserung der Verhältnisse der Landwirte könnte beitragen die Förderung des Ackerbaues. Die Landwirtschaftskammer hat recht mit ihrer Behauptung, daß auf dem Gebiete des Ackerbaues noch recht große Fortschritte gemacht werden können. Ein Professor sagt in einer von ihm veröffentlichten Arbeit, daß es möglich sei, den Ertrag des Ackerbaues noch um 30 Prozent und mehr zu steigern. Es ist festgelegt worden, daß Baden hinsichtlich der Durchschnittsziffer des Ertrages des Ackerbaues so ziemlich an letzter Stelle im Deutschen Reich steht. Man wird sich daher die Frage sehr überlegen müssen, wie hier Abhilfe geschaffen werden kann. Wenn sich die Vorschläge, die verschiedentlich mit der Saatzeit gemacht werden, durchführen ließen, würde es uns unseren Ackerbau besser gestellt sein. Dadurch würde dann unsere Viehzucht und unsere Milchwirtschaft gefördert; wir könnten da jene Teile der Landwirtschaft vorantreiben, an denen wir in absehbarer Zeit Mangel leiden werden. Man wird bewirken müssen, daß die ganze Förderung des Ackerbaues in eine Hand und eine Richtung gelegt wird und nur dann würde es möglich sein, auf diesem Gebiete etwas zu erreichen. Die Landwirtschaftskammer hat da schon manches getan. Ich meine, wenn man hier etwas erreichen will, so wird es dazu längerer Zeit bedürfen. Ueber die Milchpreise ist in den letzten Tagen in diesem Hause schon sehr viel gesagt worden; die Milchpreise gesunken sind, ist bekannt. Es ist schon wiederholt die Frage aufgeworfen worden, ob die Entstehungskosten der Milch mit dem Preise derselben im Einklang stehen; ob die Landwirte rentabel produzieren oder unrentabel. Wenn man sich diese Fragen genauer ansieht, so wird man sehen, daß man sie gar nicht beantworten kann; die Berechnungen, die in den letzten 30 Jahren von verschiedenen Seiten aufgestellt worden sind, haben gar keinen Wert. Am Interesse unserer Landwirtschaft und damit im Interesse unseres Volkes, möchte ich die Frage aufwerfen: Wie schaffen wir ein besseres Verhältnis auf diesem Gebiete zwischen Produzenten und Konsumenten? und: Wie helfen wir den Schwierigkeiten, die auf diesem Gebiete bestehen, ab? Man wird hier ausgleichend wirken können und wirken müssen. Soll in der Stadt der Milchhandel so bleiben, wie er ist? Sollen da tagtäglich Duhende von Unterhändlern treppauf, treppab laufen müssen, um die Milch zu verteilen? Ich meine, es wäre nicht nötig, daß der heutige Zustand bestehen bleibt; ich meine die Genossenschaften sollten diese Frage einmal gründlich prüfen. Der Zwischenhandel muß endgültig beseitigt werden. Es müssen entweder Konsumgenossenschaften gegründet werden, oder, was noch besser wäre, die Städte müssen hier einsehen und den Milchhandel in die Hand nehmen. Nach den angeführten Berechnungen treffen in Karlsruhe auf den Milchhandel im Jahr 1 Million Mark, in Mannheim 1 1/2 Millionen und im ganzen Lande gibt das eine schöne Summe. Auch vom finanziellen Standpunkt wäre es zu begrüßen, wenn die Städte den Milchhandel und Milchverkehr betreiben würden, abgesehen davon, daß die Konsumenten bessere Milch bekämen. Wenn ein Teil der Differenz für den Zwischenhandel nutzbar gemacht werden könnte, so wäre das sehr erfreulich und würde von diesen Kreisen sehr begrüßt werden, selbst wenn es nur 2/3 für den Litter wären. Mit moralischen Bedenken braucht man da nicht zu kommen, denn es würde nur ein Teil des Handels ausgeglichen, der volkswirtschaftlich sehr bezw. ganz überflüssig ist. Der Redner erörtert dann einige Fragen, die den Bezirk Rehl, den er im Landtag vertritt, speziell interessieren, so Tabakbau, Pferdezüchtung und Obstbau. Die Viehhaltung von Obstbäumen, die bei uns in Baden herrscht, muß bekämpft werden und zwar gründlich. Wir müssen, wenn wir unseren Obstbau rational gestalten wollen, dazu übergehen, weniger Sorten zu bauen, aber dafür Sorten, die einen Namen haben. Bei der Besprechung der Interpellationen über die Maul- und Klauenseuche ist viel darüber gesagt worden, daß die Tierärzte die Seuche verschleppen. Dem kann, wenn wirklich ein solcher Fall vorgekommen sein soll, abgeholfen werden, daß der Tierarzt sich das Tier in den Hof führen läßt und es dort beschützt bzw. unterzucht. Es geht nicht an, daß man über einen ganzen Stand in der Weise urteilt, wie das von einer Seite dieses Hauses geschehen ist; wenn ein Tierarzt gefehlt hat, so soll man ihn bestrafen, aber nicht den ganzen Stand hineingezien. (Sehr richtig!) Die Regierung muß dafür eintreten, daß der kleineren und mittleren Landwirte Lage verbessert wird, sie muß es aber ablehnen, die Fiskuskommission und Volkswirtschaft zu begünstigen. An eine Umstellung in den Osten unseres Reiches können wir in Baden nicht denken, dagegen können wir hier auf dem Gebiete der inneren Kolonisation Gutes leisten und zwar in erster Linie durch die Frage der Selbstmachung der Arbeiterkraft in der Nähe der Städte. Die Domänen und Gemeinden haben in der Nähe der Städte oft große Grundstücke. Wenn sie dem kleinen Mann helfen würden, ein Hauschen zu bauen, so würden sie ein gutes Werk tun, würden zur Hebung unserer Volkswirtschaft wesentlich beitragen; sie würden aus einem heimatlosen Arbeiter einen Mann machen, der auf eigener Scholle sitzt. Ich möchte die Regierung bitten, dafür Sorge zu tragen, daß wir aus einem wandernden Arbeiter eine sesshafte Arbeiterkraft machen, die wieder zurückbleibt. Ueber die landwirtschaftlichen Winterkulturen ist schon sehr viel gesprochen worden, ich möchte daher nur ein paar kurze Bemerkungen machen. Ich meine, es würde wesentlich zur Hebung des Standes beitragen, wenn man die Winterkulturen an die Realhöfe angliedern würde und ihren Besuchern den Berechtigungschein zum einjährig-freiwilligen Militärdienst erteilen würde. Von einem Mitglied dieses Hauses sind wir wegen unserer Haltung zum Schutz und zum Freihandel angegriffen worden. Dazu kann ich erklären, ich stehe auf dem Standpunkt, daß mir die Zölle abzuschaffen müssen. Der Freihandel ist keine Frage, die von 10 oder 11 Männern gelöst werden kann, er ist eine Frage, die von den wirtschaftlichen Verhältnissen abhängt. Die schärfsten Freihändler waren, wenn sie Profit dabei hatten, die Großgrundbesitzer. (Sehr richtig!) Unsere Faktion hat noch nirgends Anträge gestellt, die Zölle herabzusetzen. Der Abg. Schmidt-Bretten hat auch die Stichwortebedingungen der Sozialdemokraten in die Debatte gezogen. Ich glaube nicht, daß wenn man mit den Sozialdemokraten bei Stichwahlen zusammengeht, deshalb auch für den Zukunftsstaat schwärmen muß. Wir arbeiten zusammen, soweit es uns unsere Grundgesetze gestatten, und wenn das nicht der Fall ist, so trennen sich unsere Wege. Gestreut hat mich während

der ganzen Debatte, daß man in diesem Hause so einheitlich über die Landwirtschaft denkt und sich bemüht, unsere Landwirtschaft in ihrem schweren Kampfe zu unterstützen. Die Landwirtschaft ist ein gutes Fundament zur Förderung und Erhaltung unserer Volksgesundheit. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Görlacher (Str.) tritt für die Aufrechterhaltung der Spermmehregeln bei dem Ausbruch der Maul- und Klauenseuche ein und wünscht eine andere Einteilung der Sperzgebiete.

Präsident Rohrbach: Die Abg. Kahn, Gierich, Geiser, Freiherr von Nenzlingen, Schmid-Singen, Stöckinger, Kolb, Wiedemann, Rebmann, Reußhaus und Schüller verzichten zur Abkürzung der Debatte auf das Wort.

Abg. Geppert (Str.) tritt für den Rebbau und den Obstbau ein.

Zu persönlichen Bemerkungen erhalten das Wort die Abg. Hilbert (natl.) und Görlacher. In die Kommission zur Beratung der Beamten-Petitionen werden gewählt: Rälbin, Dietrich, Kolb, Schwall, Raper, Vansbach, Vogel-Rannheim, v. Gleichenstein, Seubert und Schmidt-Bretten. — Sodann wird die Sitzung geschlossen. Morgen 1/10 Uhr Fortsetzung. Schluß 1 1/2 Uhr.

Aus der Budgetkommission.

Die Budgetkommission trat in die Beratung des Eisenbahnbudgets ein.

Auf eine Anfrage, ob die Regierung schon zu der Frage der Reichseisenbahngemeinschaft Stellung genommen habe, erklärt der Minister, daß dies geschehen sei, daß aber die Beratungen darüber noch nicht zum Abschluß gekommen seien. Nach Mitteilungen der Regierung hat sich der Staatsbahnmagenerverband sehr gut bewährt; es seien erhebliche Ersparnisse gemacht worden. Der vielfach beklagte Wagenmangel sei in der Hauptsache auf den sehr gesteigerten Güterverkehr und die im letzten Sommer eingetretene Beschränkung der Benützung der Wasserstraßen zurückzuführen. Eine Besorgung fremder Wagen bei den Reparaturen habe nicht stattgefunden. Bezüglich der Organisationsveränderungen ist bereits ein Programm aufgestellt, das in der dem Landtag zugehenden Denkschrift enthalten sein wird. Ueber die Unterstüfung der Rotorpostlinien liegen abschließende Erfahrungen noch nicht vor. In Bayern habe man sehr günstige Erfolge mit dieser Einrichtung erzielt. Bezüglich der Beamtenpetitionen wird von sozialdemokratischer Seite beantragt, daß diese Petitionen behufs gründlicher Prüfung einer besonderen dafür zu bildenden Kommission zu überweisen seien. Der Antrag wird dem Seniorenkongress überwiesen.

Petitionen.

Der Zweiten Kammer gingen folgende Petitionen zu: des Verbands Bad. Gewerbetreibender, die Anstellung von Facharbeitern an Gewerkschaften betreffend; der Handwerkerkammer Freiburg, die Unterstüfung dieser Petition betr.; des Gemeindeverbands Donaueschingen, die Erbauung einer Randensbahn Schaffhausen-Donaueschingen betr.; der Handelskammer Karlsruhe-Baden, die Unterstüfung der Petition der Handelslehrer um Befreiung betr.; des Vereins der Bureau- und Rechnungsbeamten der Verhältnisse und Waagen der bad. Staatsbahnen wegen Verbesserung der Anstellungs- und Gehaltsverhältnisse der Schreibbeamten der Verhältnisse; des Landesverbandes Baden im Verband vereinigter Bauunternehmer Deutschlands gegen die schädigenden Einflüsse der Einkaufsgenossenschaften; des Vereins mittlerer bad. Eisenbahnbeamten, die Beförderung und Gehaltsverhältnisse der Betriebsassistenten aus der Reihe der Expeditionsgeschäftigen betr.; der Handelskammer Karlsruhe zur Unterstüfung der Petition des Karlsruher Brauereiverbands, den Verkehr mit Automobilkraftwagen über die Rheinbrücken betr.; des Bad. Bürgermeisterverbands, des Landesverbandes bad. Gemeinde- und Krankenversicherungsgemeinschaften, des bad. Naturschützers und des Vereins bad. Sportredner um Revision des Fährergesetzes für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte.

Aus dem Budget des Eisenbahnbaus.

Für Aufstellung zweiflügliger Signale und Vergrößerung der Vorflächenerweiterungen ist ein Betrag von 2 060 000 M. vorgelesen, wovon als 3. Teilforderung 370 000 M. angefordert werden. Für unvorübergehende Geländebankfälle sind 500 000 Mark eingestellt. Ingesamt erfordern die Stationen in diesem Budget 41 005 600 M. mit einem Restbedarf von 46 732 011 M.

Betriebsmittel. Zur Bezahlung von 5 Güterzugs- und 5 Personenzuglokomotiven werden 1 030 000 M. angefordert. Diese Maschinen wurden 1908/09 bemittelt, sind aber noch nicht geliefert. Zur Beschaffung sind ferner vorgelesen für 1912: 12 Personenzuglokomotiven, 4 Güterzuglokomotiven, für 1913: 8 Personenzuglokomotiven, 5 Tenderlokomotiven, 8 Güterzuglokomotiven, zusammen 37 Maschinen mit einem Gesamtaufwand von 4 428 000 M. Es ist Vorfrage getroffen, daß bei anhaltender Verkehrssteigerung die im Jahre 1914 notwendige Vermehrung des Lokomotivbestandes rechtzeitig vorgenommen werden kann. Weiter werden angefordert die Mittel für 110 Personenzugwagen — 290 Wagen mit 2 086 000 M., ferner für 25 Gepäck- und 1700 Güterwagen mit 6 011 000 M. Auch hier ist die Eisenbahnverwaltung in der Lage, die 1914 notwendig werdende Vermehrung des Wagenparks ohne weiteres zu veranlassen. Die Betriebsmittel beantragen für 1912/13 insgesamt 13 545 000 M. Für künftige Budgetperioden verbleibt ein Restbedarf von 6 275 000 M. Der Bauaufwand für die Badischen Staatsbahnen beträgt für diese Budgetperiode im ganzen 64 275 500 M. 72 626 005 M. bleiben späteren Perioden vorbehalten.

Unter den Einnahmen des Eisenbahnbudgets befindet sich die Erlöseleistung der Stadt Karlsruhe für das frei werdende Bahngelände, das nach dem bestehenden Kaufvertrag an sie übergeht. Die betreffende Summe stellt sich auf 1 757 483 M. Die Stadt Karlsruhe hat für das an sie übergehende Gelände des alten Bahnhofs 45 000 M., davon in dieser Budgetperiode 25 000 M. zu zahlen. Der Preis für das an den Ramon Bafel Stadt übergehende Gelände des alten Personenzugbahnhofs in Bafel stellt sich auf 3 416 706 Franken. Davon sind als 1. Rate 800 000 M. in Einmalen vorgelesen. Beiträge zu den Bahnhöfen leisten Regensburg 22 000 M., Lahr 30 000 M., Bafel (Restzahlung) 400 000 M. An den Kosten für die Erstellung des Aufnahmehausgebäudes in Pfullendorf trägt die württembergische Verwaltung die Hälfte mit 60 000 M.

Der Sollbestand an Güterwagen auf 1. April 1914 beträgt 21 241 Stück. Unter der Annahme, daß für 1914 vom deutschen Staatsbahnmagenerverband eine Vermehrung von 4 v. H. festgelegt wird, ergibt sich für Baden eine in diesem Jahre zu beschaffende Stückzahl von 850 Wagen. Diese Wagen sollen, wenn es erforderlich erscheint, zur Sicherung rechtzeitiger Lieferung bereits i. J. 1913 vergeben werden. Die Beschaffungskosten betragen voraussichtlich rund 2 664 000 M.

Neue Bahnen:

1. Bahn Wertheim (Stadtprojekten) Miltenberg, 3. und letzte Teilforderung 330 000 M. Gesamtkosten 1 070 050 M. Die Bahn soll 1912/13 vollendet werden.
2. Bahn Tauberhofsheim-Königsheim, 3. und letzte Teilforderung 909 000 M. Gesamtkosten 959 000 M.
3. Bahn Waldbrunn-Hardheim, 4. und letzte Teilforderung 355 900 M. Gesamtkosten 1 810 500 M. Die Bahn ist am 23. Dezember 1911 eröffnet worden. Die restliche Forderung ist für Vollendungsarbeiten erforderlich.
4. Bahn Weisenbach-Raumünzach, 5. Teilforderung 1 800 000 M. Gesamtkosten 7 682 300 M.
5. Weiterführung der Rentschaltalbahn von Oppenau bis Griesbach, für Vornahme von Vorarbeiten 10 000 Mark.
6. Verbindungsbahn Offenburg-Bindlach-Regelsburg, 1. Teilforderung 500 000 M. Gesamtkosten 3 728 600 M.
7. Bahn Titisee-St. Blasien, 1. Teilforderung 500 000 Mark. Gesamtkosten 9 090 000 M. Um einem anerkannten Verkehrsbedürfnis zu entsprechen, soll die Bahn Titisee-St. Blasien durch den Staat erbaut werden. Ein Gesuchentwurf über diese Bauausführung soll vorgelegt werden.
8. Bahn Singen-Beuren, 3. und letzte Teilforderung 1 115 000 M. Gesamtkosten 11 635 000 M.

Denkschrift über die Tilgung der Eisenbahnschuld.

Finanzminister Reiboldt hat, wie schon berichtet, der Zweiten Kammer eine Denkschrift über die Tilgung der Eisenbahnschuld und die Tilgung eines Ausgleichsfonds bei der Eisenbahnschuldentilgung vorgelegt.

In der Denkschrift werden zunächst die Grundzüge für die Tilgung der Eisenbahnschuld und für die Bildung eines rechnerischen Ausgleichsfonds dargelegt. Es folgen Erläuterung und Begründung und sodann in Einzelabteilungen Darlegung über die Tilgung der Eisenbahnschulden. In diese Abteilung sind einbezogen: das Eisenbahnschuldentilgungsgesetz, die bisherige Tilgung der Eisenbahnschuld, die Gründe für eine andere Regelung der Schuldentilgung, weiter die Regelung der Schuldentilgung im Deutschen Reich, in Preußen, in Bayern, in Sachsen, in Württemberg und in Hessen; weiter wird behandelt die Frage der grundsätzlichen Bemessung der Höhe der Tilgung verbinder Staatschulden und die für Baden in Aussicht zu nehmende Regelung. Des ferneren wird begründet der Zweck der Bildung eines Ausgleichsfonds, erläutert die Ausgleichs- und Referenzfonds anderer Staatseisenbahnerverwaltungen und schließlich beleuchtet der Ausgleichsfonds für Baden.

Es wird vorgeschlagen bezüglich der Tilgung der Eisenbahnschuld und der Bildung eines rechnerischen Ausgleichsfonds bei der Eisenbahnschuldentilgung für die Zeit vom 1. Januar 1911 bis zum 31. Dezember 1919 nach folgenden Grundzügen zu verfahren:

1. An der Eisenbahnschuld sollen in der Zeit vom 1. Januar 1911 bis 31. Dezember 1919 jährlich 1 1/4 v. H. des Betrags, den die verzinste Gesamtschuld am 1. Januar des betr. Jahres erreicht hat, getilgt werden. Unter Tilgung wird hierbei im Gegensatz zur Rückzahlung der Schuld verstanden; es dürfen also zu dieser Tilgung Anleihenmittel nicht verwendet werden.
2. Es wird ein rechnerischer Ausgleichsfonds gebildet, dem als Einnahmen zugeschrieben werden: a) die ständige Dotation der Eisenbahnschuldentilgungskasse, soweit sie die Ausgaben der Kasse für die Verwaltungskosten und für die Verzinsung der Anleihen, sowie für die Tilgung der Schuld nach Ziff. 1 übersteigt; b) der an die Eisenbahnschuldentilgungskasse geleistete Zuschuß aus der allgemeinen Staatskasse. In dem Ausgleichsfonds wird abgeschrieben, der Betrag um den die ständige Dotation der Eisenbahnschuldentilgungskasse hinter den vorstehend unter a) bezeichneten Ausgaben zurückbleibt.
3. Der Zuschuß, der aus der allgemeinen Staatskasse an die Eisenbahnschuldentilgungskasse geleistet werden soll, wird für die Jahre 1912 bis 1919 auf je 1,5 Mill. Mark einschließlich des Ertrages für den Wegfall des früheren Anteils an den Ueberflüssen der Post- und Telegraphenverwaltung festgesetzt. Er ist entsprechend zu erhöhen, wenn die in dem Ausgleichsfonds gutgeschrieben Beträge für die nach Ziff. 1 rechnerisch durchzuführende Schuldentilgung nicht ausreichen. Eine solche Erhöhung soll schon eintreten, wenn nach Lage der Verhältnisse eine Erhöhung des Ausgleichsfonds in näher Aussicht steht.
4. Wenn der rechnerische Ausgleichsfonds den Betrag von 20 Mill. M. erreicht hat, ist der Staatszuschuß von 1 1/4 Mill. M. so lange ganz zurückzubehalten, als der Ausgleichsfonds auf diesem Bestande beharrt; er ist aber wieder in vollem oder entsprechend ermäßigten Beträge zu gewähren, sobald der Ausgleichsfonds unter den Betrag von 20 Mill. M. herabgeht.
5. Wenn der rechnerische Ausgleichsfonds über den Betrag von 20 Mill. M. anwächst, ist der Mehrbetrag zur Verfügung der in Ziff. 1 festgesetzten Tilgung zu verwenden. Die Bankstände werden erucht, sich mit diesen Grundzügen einverstanden zu erklären.

Versuchen Sie!



KOMBELLA

Die nichtfettende Hautcrème!

Weltberühmt und ärztlich empfohlen zur Haut- und Schönheitspflege, gegen rauhe, rote, zisige, ungesunde Hände! Unrecht gegen unschönen Teint, Miteser etc. Tube 60 u. 100 Pf. KOMBELLA-SEITE 30 Pf.

Zu haben in den Apotheken u. bei: Carl Roth, Hof-Dr., Julius Dehn, Dr.; H. Bieler, Parf., Kaiserstr. 223; Wilh. Teichner, Dr., Amalienstr. 19; Th. Waltz, Dr., Kurvenstr. 17; G. Jacob, Ostend-Dr., Ludw.-Wilhelmstr., G. Ellinger, Westend-Dr., Sofienstr. 128, Emil Dennig, Kaiserstr. 11; Max Straus, Straus-Dr., Hardtstr. 21

